



Freitag, 29. Januar 2021, 16:00 Uhr
~23 Minuten Lesezeit

Der blinde Fleck

Ein historischer Vergleich des Jahres 2020 mit 1933 soll nicht das NS-Regime verharmlosen, sondern den Totalitarismus in neuem Gewand entblößen.

von Shabi Alonso
Foto: Alex_Po/Shutterstock.com

Ob ein Vergleich des nationalsozialistischen Totalitarismus mit den derzeitigen Tendenzen in Deutschland und weltweit angemessen ist, bedarf einer gründlichen Überlegung. Schnell wird demjenigen, der dies wagt, die moralische Schlinge um den Hals gelegt. So würde der Holocaust in solchen Vergleichen verharmlost, die hart umkämpfte Erinnerungskultur würde erodieren und eine Verhöhnung der Opfer fände statt. Nahezu ausgeschlossen dürfte sein, dass im Jahre 1933 die deutsche Bevölkerung Blitzkrieg, Vergasung und Trümmerfrauen vorhersehen konnte. Der Vergleich der beiden Kalenderjahre dient weniger dem

Aufzeigen eines gemeinsamen ideologischen Kerns, sondern soll die historische Erscheinungsform und Herrschaftsabsicherung totalitärer sowie faschistischer Regime beleuchten. Daher erfolgt der Vergleich beider Jahre anhand historischer Ereignisse!

Der blinde Fleck in unseren Augen ist Realität und in der

Augenheilkunde genau beschrieben. An der Stelle auf der Netzhaut, an der unser Sehnerv den Augapfel in Richtung des Gehirns verlässt, befinden sich keine Photorezeptoren. Tatsächlich können wir an dieser Stelle nichts sehen. Dennoch hat niemand von uns zwei schwarze Löcher in seinem Sichtfeld. Das Gehirn schaltet sich ein und malt sozusagen die Stelle aus, unter anderem mit Informationen des anderen Auges. Denn die Informationen des rechten und linken Auges weichen ein wenig voneinander ab. Wir sind uns also des blinden Fleckes überhaupt nicht bewusst und glauben fest daran, dass die Netzhaut unser Sehfeld komplett abbildet, obwohl dem nicht so ist.

Dieses Beispiel veranschaulicht sehr gut, wie es um Wahrheit und Wirklichkeit bestellt ist. Unsere Wahrheit erschaffen wir durch unsere Glaubenssätze, die Wirklichkeit ist oft eine andere, um nicht zu sagen nahezu immer.

Der blinde Fleck unserer Gesellschaft ist die Zeit von 1933 bis 1945. Daran hat auch das jahrelange Sezieren in Geschichtsstunden an der Schule nichts geändert.

Unsere Eltern oder Großeltern haben die schlimmsten aller Verbrechen, die man sich bis dato vorstellen konnte, begangen. Viele Kinder oder Jugendliche, die im Nachkriegsdeutschland

aufwachsen, erfuhren wenig bis gar nichts über die Hintergründe und wie solche Gräueltaten flächendeckend möglich waren. Hat Hitler einzig mit einem kleinen Militärstab das deutsche Volk in Geiselhaft gehalten?

Die Novelle „Die Welle“ von Morton Rhue führt den Lesern immer wieder vor Augen, wie Leichtfertigkeit und flächendeckende Massenmanipulation durch einfache Glaubenssätze erzeugt werden können. Wer darüber nicht nachdenkt, läuft irgendwann selbst Gefahr, manipuliert zu werden. Dabei ist es unheimlich schwierig, den eigenen blinden Fleck zu erkennen, den man jahrelang aus den vorgegebenen Glaubenssätzen „ausgemalt hat“. Bliebe es bei dieser Illusion, wäre das schon fatal genug. Katastrophal ist es jedoch, wenn man sich vehement dagegen wehrt, sich seiner eigenen blinden Flecken bewusst zu werden.

Ermahnen ungleich Verleugnen

Die Befürchtung ist nicht völlig von der Hand zu weisen, dass gerade in post-faktischen Zeiten autoritäre Gruppierungen die derzeitigen Widerstände für menschenverachtende Ziele verfolgen. Es ist verständlich, wenn Menschen sich von Demonstrationen distanzieren, auf denen Dutzende Reichsflaggen die Silhouette prägen. Womöglich reicht es nicht, wenn die Veranstalter sie damit rechtfertigen, dass man nicht kontrollieren könne, wer alles an der Demonstration teilnimmt.

In diesem Kontext sind die Nazijahre nicht durch irgendwelche Worthülsen abgetan wie: „Die Konzentrationslager waren schlimm.“ Heutzutage setzen sich viele Menschen dafür ein, dass es jede Kuh und jedes Küken in unseren Tierställen gut hat, doch das Gefühl für das eigene körperliche und geistige Wohlergehen ist ihnen dabei abhanden gekommen. Vor weniger als 90 Jahren, also etwa ein

Menschenleben lang, wurde eine ganze Menschengruppe wie BSE-krankte Rinder in Lager deportiert und auf grausame Weise ermordet. Holocaust! Dieses Wort soll immer wieder ermahnen, wie eine ganze Gesellschaft diese Gräueltaten zugelassen hat.

Gleichermaßen gilt es heutzutage aufzuzeigen, dass der Ausspruch „Wehret den Anfängen“ keinesfalls als reine Hülse entwertet werden sollte. Im April 1933, einige Monate nach der demokratischen Machtübernahme durch Adolf Hitler, wurde ein von der Regierung verordneter Boykott gegen jüdische Einrichtungen durchgeführt. Einige Wochen zuvor ereigneten sich die ersten Übergriffe, zunächst nur als Einzelaktionen, so zum Beispiel von SS-Männern gegen jüdische Geschäftshäuser am 11. März 1933 in Braunschweig. Die Politisierung des Rassenhasses ist an sich schon unbegreiflich, noch weniger kann man sich vorstellen, was die immer härter werdenden Repressionen der Folgejahre den damaligen Opfern angetan haben müssen.

Ein Vergleich der beiden in Rede stehenden Jahre kann auch dazu dienen, sich kritisch mit den derzeitigen Notfalldekretten auseinanderzusetzen und zu mahnen. Doch nicht wie einige Politiker der letzten Jahre es formulierten, soll das Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas als Zeichen der Schande emporgehoben werden, sondern jeder Generation als Warnung vor ähnlicher politischer Energie dienen, ja als Ermahnung!

Die Wissenschaft prüft Hypothesen durch Operationalisierung, wobei sie die Hypothesen durch zu definierende Attribute theoretisch messbar macht. Wenn also – plakativ – behauptet wird, dass sich Geschichte wiederholt oder „miteinander reimt“, dann müssen Parameter benannt werden, an denen das sichtbar wird.

Daher werden im Folgenden Merkmale benannt, die als Parameter eine Vergleichbarkeit der dargelegten Jahre gewährleisten:

- Fruchtbarer Boden der 1920er und 2010er Jahre,
- Besonderes Ereignis,
- Mittel zur Bewältigung der Gefahr,
- Rolle der Medien,
- Umgang mit oppositionellen Kräften,
- Kollektivität,
- Aussicht.

Fruchtbarer Boden der 1920er und 2010er

Die 1920er Jahre waren in allererster Linie vom 1. Weltkrieg geprägt, der bis heute aufgrund des 2. Weltkriegs eine Art Schattendasein führt. Eine ganze Generation junger Europäer kämpfte und die glücklichen Überlebenden verharrten anschließend in Schockstarre. Dem Krieg folgte eine unvorstellbare Rezession sowie Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut. So entstand ein fruchtbarer Boden für extreme Parteien, die NSDAP war eine davon.

Folglich gab es 1930 bei den Wahlen zum neuen Reichstag einen Rechtsrutsch. Am 13. Oktober 1930 sorgten dann die NSDAP-Mitglieder für einen Eklat, als alle mit braunen Uniformen an der ersten Sitzung des neu gewählten Reichstages teilnahmen. Die folgenden zwei Jahre waren geprägt von einer Notverordnung gegen Radikale, einer Finanzkrise, einer Weltwirtschaft vor dem Zusammenbruch, einem Wahlsieg der NSDAP und Straßenschlachten zwischen „Roten“ und „Braunen“.

Die Dekade vor 2020 war ebenfalls geprägt von einer Staatsschuldenkrise, die dieses Mal – aufgrund der Institutionalisierung Europas – den gesamten Kontinent betraf.

Insbesondere das Beispiel Griechenland demaskierte die wahren Machthaber hinter der stets beschworenen Wertegemeinschaft. Steuergelder und Milliardenkredite wurden aufgenommen, um Großbanken anstatt Menschen zu retten. Zunehmend wird ersichtlich, dass Nationalstaaten ausschließlich als Wirtschaftsstandortvertreter fungieren, jedoch die eigentlichen Entscheidungen über die Zivilgesellschaften in den Vorstandsetagen multinationaler Großkonzerne getroffen werden.

In Nordafrika fegte der „arabische Frühling“ wie ein Inferno über die jeweiligen Staaten. Die Folgen waren politische Instabilität und eine weltweite Flüchtlingskrise, die zu einer Masseneinwanderung nach Europa führte. Soziokulturelle Konflikte entstanden in nahezu allen europäischen Nationen, wodurch sich neue konservative und nationalistische Kräfte auf der politischen Bühne etablieren konnten.

In letzten Jahrzehnt veränderten Smartphones und Tablets schleichend die Lebenskultur der Menschen. Der Bildschirm der Zukunft ist mobil und wird stets mitgeführt. Nun kann jeder Nutzer das Echo aus noch so abgelegenen Regionen dieser Erde jederzeit abrufen. Die Globalisierung wird zunehmend für alle wahrnehmbar. Eine Begleiterscheinung war die Enthüllung des geheimen Programms „Prism“, mit dem die mächtigsten Sicherheitsdienste der Welt Milliarden von Menschen flächendeckend und verdachtsunabhängig ausspionieren.

Besonderes Ereignis

Am 30. Januar 1933 schaffte es Hitler nach einer monatelangen Hängepartie an die Macht: Er wird zum Reichskanzler ernannt. Der erste Monat der Kanzlerschaft Hitlers endete mit einer Notverordnung. Aufgrund des Reichstagsbrands wurden sieben

Artikel der Verfassung außer Kraft gesetzt, die die bürgerlichen und persönlichen Freiheiten garantierten. Bereits in diesen Ereignissen sehen heutige Historiker das Ende der Weimarer Republik; also Februar 1933!

Schon am 28. März 1933 rückte die Fuldaer Bischofskonferenz von einer Verurteilung der NS-Bewegung ab. Auch die Kirche begann, die eigene Haut zu retten. Diese Entscheidung kann nur als ein Verrat der jüdisch-christlichen Tradition interpretiert werden. Damit aber noch nicht genug. Am 4. April 1933 gab die Kirche der NS-Bewegung sogar Schützenhilfe. Eine zahlenmäßig starke Gruppierung innerhalb der Kirche namens Deutsche Christen forderte eine einheitliche deutsche Reichskirche und bejahte das Führerprinzip. Es kam zu Verhandlungen zwischen der evangelischen Kirche und Hitlers Vertrauensmann, dem Wehrkreispfarrer Ludwig Müller.

Im Januar 2020 melden chinesische Behörden eine Lungenkrankheit, die auf ein neuartiges Coronavirus hinweist. Innerhalb von drei Wochen melden Thailand, die USA, Frankreich und Deutschland erste Fälle. Am 30. Januar 2020 erklärt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine „gesundheitliche Notlage von nationaler Tragweite“. Am 11. Februar 2020 bezeichnet die WHO die Lungenerkrankung, die auf das neue Coronavirus SARS-CoV-2 zurückgeführt wird, als Covid-19. Im Verlauf des Februars werden erste Todesfälle in Europa sowie weltweit gemeldet, die im Zusammenhang mit Covid-19 stehen.

Anfang März werden in Deutschland massenhaft Veranstaltungen abgesagt und die Bevölkerung tätigt Hamsterkäufe. Am 11. März 2020 ruft die WHO eine Pandemie aus. In Europa werden die nationalstaatlichen Grenzen abgeriegelt, die USA rufen den nationalen Notstand aus. In Deutschland werden alle Schulen und Kindertageseinrichtungen geschlossen. Es kommt zu einem sogenannten bundesweiten Lockdown, einer neuartigen

Ausgangssperre.

Am 18. März 2020 ruft die Bundeskanzlerin dazu auf, alle sozialen Kontakte zu minimieren. Solidarität und Disziplin werden angemahnt. Vier Tage später wird in Deutschland eine Ausgangs- und Kontaktbeschränkung verordnet, wodurch wesentliche Grundrechte des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt werden. Währenddessen sind die Infektionszahlen des Robert Koch-Instituts bereits rückläufig.

Am 27. April 2020 sind einige Lockerungen der Schutzmaßnahmen in Kraft getreten, doch gilt in ganz Deutschland – wider besseren Wissens – eine „nebulöse“ Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes für Einkäufe sowie in Bussen und Bahnen. Von Beginn an ist der Sinn dieser Praxis fragwürdig, der Zwang besteht jedoch bis heute, das heißt bis zum 29. Januar 2021. Zwei Tage später beginnen die Pharmaunternehmen Biontech und Pfizer unter besonders beschleunigten Bedingungen, einen Corona-Impfstoff an Menschen zu testen, andere Großkonzerne folgten.

Seitdem berichten alle öffentlich-rechtlichen sowie privaten Kanälen fast ausschließlich über das neuartige Coronavirus. Andere weltpolitische Geschehnisse werden zwar noch am Rande erwähnt, jedoch immer begleitend durch die Einflüsse des neuartigen Coronavirus.

In Deutschland löst die Polizei Demonstrationen gegen Mundschutz und Kontaktbeschränkungen gewaltsam auf.

Als besondere Ereignisse haben die jeweiligen Regierungen weder den Reichstagsbrand noch das neuartige Coronavirus zu keiner Zeit objektiv aufgearbeitet.

Der sogenannte „van der Lubbe“-Prozess wegen des

Reichstagsbrands ist mehr eine Manifestation der neuen Herrschaft als ein objektives juristisches Strafverfahren. Nicht besser bestellt ist es mit dem politischen Umgang im Zuge der Corona-Pandemie. Bis heute besteht keine Einigkeit darüber, inwiefern der einheitliche Polymerase-Kettenreaktionstest (PCR) das SARS-CoV-2 eindeutig nachweisen kann. Dennoch wurden und werden die massivsten Grundrechtseinschränkungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit den aus dem PCR-Testergebnissen resultierenden Zahlen rechtfertigt.

Mittel zur Bewältigung der Gefahr

Am 23. März 1933 nahm der Reichstag mit einer überwältigenden Mehrheit von 441 Stimmen gegen 94 Stimmen der damaligen SPD ein Ermächtigungsgesetz Hitlers an. Die Berliner Ausgabe der Zeitung *Völkischer Beobachter* betitelte diese historische Entscheidung am nächsten Tag wie folgt: „Der Wille des deutschen Volkes erfüllt: Der Reichstag übergibt Adolf Hitler die Herrschaft.“

Sowohl das deutsche Volk als auch eine Mehrheit des Reichstags waren seinerzeit davon überzeugt, dass alles zum Schutz ihrer Sicherheit geschieht. Der Weg für Judenvernichtung und Gleichschaltung war damit geebnet.

Am 18. November 2020 beschließt der Bundestag das dritte Bevölkerungsschutzgesetz, wodurch die bis dahin exekutiv angeordneten, massiven Grundrechtsverletzungen nunmehr gesetzlich verankert wurden. Unüblicherweise stimmt bereits am gleichen Tag auch der Bundesrat dem Gesetzentwurf zu. Als der Bundespräsident ebenfalls am selben Nachmittag das Gesetz unterschreibt, kann es in einer bis dahin ausnahmslosen Eile in Kraft treten.

Zeitgleich findet im Regierungsviertel eine Demonstration gegen eine sich anbahnende Diktatur statt. Dabei spritzt die Polizei in Zeiten einer vermeintlich tödlichen Erkältungswelle die dort Protestierenden bei fröstelndem Herbstwetter mit Wasserwerfern nass. Mittlerweile ist bei nahezu allen Demonstrationen gegen die Hygiene-, Kontakt- und Ausgangsvorschriften der Einsatz von Pfefferspray eine Standardmaßnahme seitens der Bereitschaftspolizei.

Diverse Medien propagieren den „chinesischen Weg“ als vorbildlich für die Bewältigung der Pandemie. Die autokratische Volksrepublik mit ihrem menschenverachtenden Strafpunktesystem erklären in Deutschland manche zum gesellschaftlichen Idealbild. Die Regierung veranlasst den Einsatz der Bundeswehr zur Bewältigung des Verwaltungsaufkommens im Zuge der „Infektionsketten-Nachverfolgung“.

Sowohl in den beschriebenen Einschränkungen als auch bei den genutzten legislativen Mitteln sind beide Regierungen identisch vorgegangen. Zunächst wurde ein Notstand ausgerufen, die Verfassung somit außer Kraft gesetzt. Anschließend wurden die Verletzungen bürgerlicher Freiheiten gesetzlich niedergeschrieben. Währenddessen treibt die Exekutive ihr Unwesen auf den Straßen, ohne sich zu fragen, ob ihr Treueeid gegenüber der Weimarer Verfassung oder dem Grundgesetz mit der Ausführung von Einsatzbefehlen nicht schon gebrochen sein könnte. Im dritten Reich forderten Menschen bestimmter Ethnien ihre Grundrechte ein, heutzutage sind es kritisch denkende Menschen „aller Farben“.

Die Rolle der Medien

In den Folgemonaten des 1933er Frühlings laufen die Propagandamaßnahmen auf Hochtouren. Eine neue Qualität der

Zensur und der Gleichschaltung zeichnet sich am 18. August 1933 ab. Propagandaminister Joseph Goebbels eröffnet in Berlin die Funkausstellung, wo zwei Tage später das Einheitsradio für den deutschen Haushalt vorgestellt wird, der sogenannte Volksempfänger. Knapp dreißig Radiohersteller halten sich dabei an genaue Vorschriften der nationalsozialistischen Rundfunkkammer, wodurch es keine Unterschiede in Bauweise und Qualität gab. Für damals 76 Reichsmark verkaufte sich der Volksempfänger an den ersten beiden Tagen 100.000 Mal.

Am 18. August 1933 ist jedoch eine weitere politisch kalkulierte Entscheidung erwähnenswert: Es wird ein Reichsdramaturg eingesetzt, der die Spielpläne der Theater steuert.

Anders als 1933 ist 2020 ein Virus die Gefahr und keine ethnische Minderheit respektive „rote“ Ideologen. Demnach rücken vor allem Mediziner und Biologen in den Fokus der Öffentlichkeit. Aussagen von Medizinern, die von der herrschenden Meinung abweichende Prognosen zur Gefährlichkeit des neuartigen Coronavirus abgeben, werden auf Videoplattformen gelöscht. Der Begriff der Infektion, der stets neben dem Erreger-Nachweis auch immer das Vorliegen verschiedener Symptome zur Grundlage hatte, wird verändert. Fortan liegt bereits eine Infektion vor, wenn der Erreger nachgewiesen wurde.

Ende Juli 2020 erklärt der Leiter des Robert Koch-Instituts und Sonderberater der Bundesregierung, Lothar Wieler, dass die Abstands- und Hygieneregeln nicht hinterfragt werden dürfen. Aus dem Bundesinnenministerium gelangt ein internes Papier mit dem Titel „Wie wir Covid-19 in den Griff kriegen“ an die Öffentlichkeit. Darin werden Schockstrategien empfohlen, damit die Bevölkerung die Hygienemaßnahmen einhält. Die Bilder in den Medien stimmen mit den Empfehlungen des Papiers überein. Angst wird als Zuchtmittel gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt.

Wie zu erwarten berichten nur alternative, freie Medien über den dort enthaltenen Maßnahmenkatalog. Dahingegen wird auf regierungstreuen und öffentlich-rechtlich finanzierten Online-Plattformen wie „Mailab“ bereits im April 2020 propagiert, dass erst mit einem Impfstoff gegen Covid-19 Normalität zurückkehren wird. Zudem rät die Moderatorin des Kanals, Mai Thi Nguyen-Kim, in einer Sendung davon ab, dass man *weniger* Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im öffentlichen Diskurs bräuchte. Als Grund dafür führt sie die Lockdown- und Coronakrise auf, da man Wissenschaftlern nicht trauen könne.

Mit Beginn der klassischen Erkältungszeit im Herbst 2020 steigen die Infektionszahlen in Deutschland drastisch an. Obwohl bekanntermaßen in dieser Zeit die Zahl der Erkrankten steigt, werden weiter Ängste geschürt. Die Regierung interpretiert diese Entwicklung jedoch als Beleg dafür, dass es sich um einen Killervirus handelt. Parallel dazu berichten nun alle großen Rundfunksender von Durchbrüchen in der Impfstoffherstellung. In der öffentlichen Debatte ist bereits Konsens, dass nur ein Impfstoff die Krise mittelfristig abmildern und gegebenenfalls langfristig beenden kann. Zeitgleich zu den Verlautbarungen der ersten Impfstoffhersteller aus Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika werden Medienportale auf den gängigen Großkonzernplattformen endgültig gelöscht. Hintergrund ist die Geschäftsbedingung, dass von der herrschenden Meinung abweichende Videos zu Impfstoffen und ihrer Bedenken gegen die Richtlinien verstoßen.

Die Rolle der Medien ist ausschlaggebend für den Erfolg totalitärer Herrschaftsregime. Im Vergleich mit der Hitler-Diktatur finden die Bücherverbrennungen im Neoliberalismus durch Ignoranz statt.

Wir leben in einer Zeit, in der Informationen im Sekundentakt produziert und verteilt werden. In diesem Meer aus Informationen können Medienhäuser gekonnt relevante Erkenntnisse bewusst

unterdrücken, ganz zu schweigen von einer „Cancel Culture“. Hinzu kommt, dass die heutigen „Bücherverbrennungen“ digital stattfinden.

Bereits jetzt findet kein öffentlich breit gefächelter Diskurs mehr statt. Gerade im Umgang mit den wissenschaftlichen Daten und Informationen rund um das neuartige Coronavirus ist das Meinungsspektrum derart einheitlich, dass Nuancen des herrschenden Paradigmas als Meinungsvielfalt gelten. In keiner Weise wurde eine tatsächliche wissenschaftliche Debatte über die medizinischen Notwendigkeiten versucht. Das ist der über alle wissenschaftlichen Disziplinen hinweg geltende Standard. Sowohl damals als auch heute beherrscht die Deutungshoheit der Regierenden den öffentlichen Diskurs und damit die öffentliche Meinung und Emotionalisierung.

Umgang mit oppositionellen Kräften

Bereits kurz nach der Verhaftungswelle wegen des Reichstagsbrands zogen erste Intellektuelle Konsequenzen aus dem neuen Klima in Deutschland. Beispielsweise emigrierte Bertholt Brecht nach Frankreich und Thomas Mann trat aus der preußischen Akademie der Künste aus.

Hellseherisch waren ihre politischen Entscheidungen, denn am 10. Mai 1933 begannen deutschlandweit öffentlich die Bücherverbrennungen. Die neuen Machthaber gingen rigoros gegen Vertreter der wissenschaftlichen und kulturellen Szene Deutschlands vor. Nicht nur Hochschullehrer wie der Nobelpreisträger Gustav Hertz wurden beurlaubt, die öffentlichen Volksbibliotheken wurden von zahlreichen Schriftstellerinnen und Dichtern „gesäubert“.

Waren diese Maßnahmen ohne Volk und Funktionäre möglich? Nun, es gab Studentendemonstrationen mit Bannern wie „Deutsche Studenten marschieren wider den undeutschen Geist“. Zusätzlich zu den öffentlichen Aktionen erklärte der Börsenverein Deutscher Buchhändler die Werke aller verbannten Künstler als „undeutsch“ und forderte seine Mitglieder auf, diese künftig nicht mehr zu kaufen.

Parallel zu den politischen Zensuren erlosch die Stimme der Opposition. Die Vermögen von SPD und KPD waren beschlagnahmt, Ende Juni 1933 besetzten Polizei- und SA-Einheiten zudem Parteibüros und Verlagshäuser diverser Parteien. Diesen Aktionen schloss sich – vor allem in Bayern – eine Verhaftungswelle an. Wer waren diese Männer, die überall und alles mit machten? Menschen, denen Arbeit gegeben wurde, die einen Auftrag erhielten. Wo war die Moral geblieben? Wieder einmal steht die unglaubliche Frage im Raum: Wie konnte binnen kürzester Zeit solch eine Propagandamaschinerie samt exekutivem Arm flächendeckend funktionieren? Es waren Frauen und Männer wie du und ich. In seinem Song „Stolpersteine“ bringt der Sänger Trettmann die Fassungslosigkeit wunderbar präzise auf den Punkt:

*„Ob es wohl so'n Morgen so wie dieser war,
Straße menschenleer,
Als der Wagen kam,
Reifen quietschen
Erste Straßenbahn,
Alle schauen,
Doch kein Licht geht an.“*

Im Jahr 2020 verherrlichen Schulleitungen und Kultusministerien die gegenseitige – soziale – Kontrolle unter den Schülern. Vermehrt melden Kinder an den Schulen der Lehrerschaft anonym, wenn Mitschüler gegen den Maskenzwang verstoßen.

Am 1. sowie 29. August 2020 fordern in Berlin die Teilnehmer der zwei Demonstrationen eine sofortige Beendigung der „pandemischen Lage nationaler Tragweite“ sowie einen öffentlichen Diskurs über die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen und die Gefährlichkeit des Virus. Alle Staatssender und auch Privatsender berichten, dass sich die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im unteren, fünfstelligen Bereich befindet. Fotos zeigen jedoch, dass in der Vergangenheit bei Veranstaltungen etwa gleicher Auslastung eine zumindest zehnmal höhere Zahl angenommen wurde.

Bei allen bundesweiten Protestmärschen gegen die Notfallpolitik der Regierung, die bereits einen immensen soziokulturellen Schaden anrichtete, werden Demonstrationsteilnehmer immer wieder festgenommen, weil sie gegen sogenannte Hygieneregeln verstoßen haben.

Auf Demonstrationen in Berlin untersagen Polizeimannschaften den Teilnehmern das Hochhalten des Grundgesetzes.

Ärzte, die sich kritisch äußern, müssen mit einem Entzug ihrer Approbation durch die Kammer rechnen. Polizisten, die es den Ärzten gleich tun, werden als Reichsbürger diffamiert und müssen sich einer Wohnungsdurchsuchung unterziehen. Berufssportler, die an den friedlichen Demonstrationen teilnehmen, erhalten die Kündigung ihres Proficlubs. In allen Lebensbereichen drohen den Menschen, die konstruktive Kritik üben, harte Repressalien.

Dennoch ist die Art, wie 2020 mit oppositionellen Kräften umgegangen wurde und wird, nicht mit der Brutalität des Jahres 1933 zu vergleichen. Nach bisheriger Beurteilung des letzten Jahres bleibt jedoch festzuhalten, dass das Potenzial, Oppositionelle künftig gewaltsam zu verfolgen und zu verhaften, in jedem Falle sichtbar wurde. Nach den im Winter 2020 aufgefahrenen PR-Kampagnen,

damit sich möglichst alle Bundesbürgerinnen und -bürger impfen lassen, wird vermutlich den Verweigerern ein rauher Wind ins erstarrte Gesicht wehen. Jedoch ist auch hier anzumerken, dass die heutigen Machthaber ihre Sprachregelungen so angepasst haben, dass ihre tatsächlichen Interessen weitgehend unbemerkt bleiben. Hinzu kommt, dass im Unterschied zu 1933 die Macht sich nicht brachialer, körperlicher Gewalt bedient, sondern strukturelle Gewalt der heutige Goldstandard ist.

Der Kognitionswissenschaftler und Psychologe Professor Rainer Mausfeld spricht in ähnlichem Kontext von sogenannter „soft power“, also weicher Macht. Schon jetzt kündigen Unternehmen aus der Privatwirtschaft an, Kunden ohne gültigen Impfausweis nicht mehr anzunehmen. In den Parlamenten werden schon Privilegien für Geimpfte debattiert. Prinzipiell, so dann wohl das neue Verständnis, verstößt diese Vorgehensweise auch nicht gegen Artikel 2, Absatz 2, Satz 1 des Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Niemand wird uns mit einer Maschinenpistole in die Impflager treiben, doch durch die geplante Struktur kann eine Alternativlosigkeit tatsächlich hergestellt werden. Schon längst gefährdet jeder seinen Arbeitsplatz, der sich kritisch über den aufkeimenden Herrschaftsgeist äußert.

Kollektivität

Wirtschaftlich ging es in 1933 mit Deutschland erst einmal aufwärts: Waren es im März noch 6 Millionen Arbeitslose, so betrug deren Zahl im April 5,5 Millionen und im August nur noch 4,3 Millionen. Bereits im September unterschritt man die 4-Millionen-Marke. Im gleichen Monat startete die Partei das sogenannte Winterhilfswerk. Dessen Kernidee bestand aus der Entlastung der staatlichen Arbeitslosenfürsorge durch solidarische Opfer aller

gesellschaftlichen Gruppen. Ab dem 13. September 1933 begann eine Propagandakampagne für ein bis ins kleinste ausgeklügelte System von Spenden, Sammlungen, Konsumverzicht, Lohnkürzungen und freiwilligen Arbeitsleistungen. Ab dem 30. September 1933 wurden alle Bürgerinnen und Bürger durch diese gesetzlichen Regelungen erfasst.

Parallel dazu wurden unfassbar viele Menschenrechtskonventionen verletzt, bestimmte Ethnien verfolgt und vertrieben. Grundrechte und bürgerliche Freiheiten galten per Ermächtigung nicht mehr. Eine wahrnehmbare Gleichschaltung fand statt. Und das Echo des Volkes? Wie reagierte das deutsche Land auf diese neue Normalität?

Die Antwort gab die Zivilgesellschaft am 12. November 1933 bei der Reichstagswahl: Diese entschied die NSDAP mit 92,2 Prozent für sich und zementierte ihre Macht nunmehr nachhaltig.

Sicherlich ermöglichte ein Einheitsstimmzettel diesen überragenden Erfolg. Dieser sachlich vertretbare Vorwurf wird in Teilen entkräftet, wenn man bedenkt, dass in Lübeck 22 Prozent der Wähler gegen die NSDAP stimmten. Zudem halfen vor dieser Wahl bereits viele Industrielle der NSDAP und der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot mit Finanzspritzen. Nazi-Deutschland, mitunter ein Eliteprojekt? Doch auch Bürgertum und Proletariat hatten sich schnellstens gefügt, war doch bereits bei dieser Wahl eine große soziale Kontrolle zu erkennen. Denunziation kam in Mode und Abweichler hatten es jetzt schon schwer, in den – auf dem Papier geheimen – Wahlen ihre Missgunst tatsächlich zu äußern.

Berechtigerweise sprechen Historiker von einer sogenannten Kollektivschuld der Deutschen im Nationalsozialismus. Aufgrund ihrer eigenen Haltung und Ethik können sie bestimmten politischen Entscheidungen nicht zugestimmt haben. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, dass weite Teile der Bevölkerung aus großer Furcht heraus „stumm“ blieben.

Das neue Gemeinschaftsgefühl im Jahr 2020 basiert auf einer ähnlichen Haltung wie vor 87 Jahren. Die Führungsrige signalisiert permanent Selbstsicherheit und die Erkenntnis des einzig wahren Weges. Durch Nutzung der medialen Möglichkeiten wird dieser vermeintliche Konsens zwischen Regierenden und Regierten total verstärkt. Zudem wird die einheitliche, solidarische Geisteshaltung mit den Regierungen verstärkt durch die Repressalien gegen Abweichler.

1933 und 2020 ist die Angst vor Verfolgung und Denunziation so groß, dass die Menschen sich öffentlich zum neuen politischen Standard bekennen.

Oftmals aus einem unbewussten Bedürfnis heraus, viele verteidigen umso beharrlicher die eigene, wahnhafte Position und stimmen aus Solidarität dem Freiheitsentzug zu.

Logischerweise berichteten private Anbieter für Politikforschung letztes Jahr – auf einer Datenbasis von etwas mehr als 1.000 Personen, dass etwa 85 Prozent den gesetzlichen Einschränkungen zustimmen.

Historischer Doppelreim

Die Ausgangslage ist grundsätzlich eine andere. Waren im letzten Jahrhundert die einschneidenden Geschehnisse noch national beschränkt, die dann in einen weltweiten Krieg mündeten, so verliefen 2020 die Ereignisse chronologisch umgekehrt: Ein globaler Konsens wird in die einzelnen Nationalstaaten getragen und verursacht dort verheerende traumatische Schäden.

In den vergangenen knapp neunzig Jahren konnten zudem die elitären Machtinstrumente weiter ausgefeilt werden. Die an vielen

Stellen bereits nachgewiesene Verschmelzung von Öffentlichkeitsarbeit (Public Relations) und Geheimdiensttätigkeit ist – wie die Worte bereits sagen – ein Widerspruch. Noch dazu werden etliche Konzepte über die für die Herrschaft günstigste Emotionalisierung hinter verschlossenen Türen erstellt. Aus Propaganda wurde Public Relations (PR). Heutzutage werden Mechanismen der Propaganda, denen die Verachtung der Masse zu eigen ist, samtweich als sogenannte „strategische Kommunikation“ beworben. Die tatsächlichen Beweggründe der herrschenden Klasse werden allesamt kryptisch formuliert. Es erfordert viel Fleiß und Zeit, sich dieser Gefahren bewusst zu sein.

Obwohl im August 1931 die Boxheimer Dokumente bekannt wurden, geschrieben vom 28-jährigen Werner Best, einem Richter auf Probe, konnten die Gräueltaten des dritten Reiches nicht verhindert werden. Aus den Dokumenten geht klar hervor, inwieweit sich die NSDAP der demokratischen Mittel bedienen will, um sie hinterher für den aufkeimenden Totalitarismus zu missbrauchen. Die Führung der NSDAP entwertete die Dokumente als Privatarbeit, Hitler selbst soll – laut Wikipedia – als Reaktion und in Aussicht auf staatliche Mittel erwidert haben: „Eine Partei, die mit 15 Millionen rechnen könne, habe es gar nicht erst nötig, einen illegalen Schritt zu unternehmen.“ Heute kennen wir den Wahrheitsgehalt dieser Äußerung.

Die Boxheimer Dokumente waren also eine Privatarbeit, denen ein „Bauer als Unglücksfall“ geopfert wurde, um dem „König zum Sieg zu verhelfen“. Wie reagierte 2020 die Bundesregierung, als das interne Papier des Innenministeriums (BMI), unter anderem zu den Schockstrategien gegen die Bevölkerung inklusive Kinder, an die Öffentlichkeit geriet. In der Pressemitteilung dazu heißt es:

„Der Mitarbeiter des BMI hat seine Privatmeinung und gegebenenfalls die Meinung anderer an dem Papier Beteiligten zusammengefasst und verbreitet. Diese eigenständig vorgenommene 'Analyse' erfolgte

außerhalb der sachlichen Zuständigkeit des Verfassers sowie der Organisationseinheit im BMI, für die er tätig war. Für diese Zusammenstellung gab es weder einen Auftrag, noch eine Autorisierung.“

Aussicht

Was auf die 1933 lebenden Generationen zukam, ist bekannt. Aktuell ist es durchaus wahrscheinlich, dass sich weltweit ein neuer, diesmal farbloser – also Ethnien unabhängiger – Faschismus verbreitet. Der überforderte Mensch glaubt an die Prophezeiungen, die sich tatsächlich auch bewahrheiten werden, wenn er sie als bereits feststehende Zukunft annimmt und deshalb hoffnungslos wird! Eine Generation Übergewichtiger, an eine maskierte Gesellschaft gewöhnte Jugend wird alles mittragen, was die Rettung der Welt und das Geld von Morgen verspricht. Das ist in etwa der derzeitige Stand. Damit sind Kollateralschäden vorprogrammiert. Für den Massenmord in den Konzentrationslagern sucht man in der Geschichte vergeblich nach seinesgleichen.

Die Geschehnisse in 2020 zeigen, dass künftig Millionen Menschen durch die Experimentierfreudigkeit gewinnorientierter Gesundheitskonzerne zu Tode kommen könnten, weil Regierungen Notlagen ausgerufen haben und Herrschaftseliten dem größten anzunehmenden Unfall, dem GAU, gegenüber nicht abgeneigt scheinen. Sie nehmen anscheinend billigend in Kauf, dass Menschen an unerträglicher Einsamkeit oder durch die derzeitige Impf-Agenda sterben.

Der heutige Zeitgeist aus mannigfaltigen Haltungen ist in sich totalitär. In den vergangenen Monaten konnte man sich ob der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen nicht oft genug an den Kopf fassen. Derart viele seelische Wunden hat keine andere

Regierung in den vergangenen Jahrzehnten der Bevölkerung zugefügt. Der Vergleich mit den Endzielen des Naziregimes ist in Teilen verfrüht, an einigen Stellen jedoch schon vertretbar, schaut man sich das Vorhaben an, alle Menschen mit einem nicht ausreichend geprüften Serum „behandeln“ zu wollen. In jedem Fall gleichen sich die Mechanismen und somit die Anfänge einer totalitären Gesellschaft, sowohl 1933 als auch 2020.

Auf 1933 folgte der spätere totale Krieg. Er kam auf leisen Sohlen. Totalitäre Züge werden allenfalls am Rande, jedoch nicht in öffentlicher Schau kenntlich gemacht!

2020 veröffentlicht das *Time-Magazin* inmitten der ganzen Geschehnisse einen Artikel zu einer Vision von Klaus Schwab, dem Chef des Weltwirtschaftsforums. Er spricht sich für einen großen Neuanfang („Great Reset“) aus, wodurch große Teile des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens nicht mehr zur alten Normalität zurückfinden sollen. Neue Institutionen sind seiner Ansicht nach notwendig, um die weltweiten Umwälzungen in Gänge zu stemmen. Unter anderem ist ein anderes Finanzsystem angedacht. Auch hebt Schwab das Potenzial neuer, digitaler Identitäten im Informationszeitalter als Werkzeug der Zukunft hervor. Eine demokratische Partizipation an der Wahl der künftigen Mittel zum „Bau“ einer neuen Gesellschaft ist bisher nicht zu erkennen.

Der Mensch ist wohl noch nicht bereit für eine wahrhaftig freiheitliche Gesellschaft.

Der amerikanische Philosoph und Dichter Henry David Thoreau begann seinen weltberühmten Essay „Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“ aus 1849 so:

„Ich bejahe von Herzen den Wahlspruch: ‚Die beste Regierung ist die, die am wenigsten regiert.‘ Gerne würde ich sehen, dass schneller und

gründlicher nach ihm gehandelt wird, denn dies würde schließlich zu etwas führen, das ich ebenfalls glaube: ‚Die beste Regierung ist die, die überhaupt nicht regiert.‘ Sobald die Menschheit dafür bereit ist, wird dies die Regierung sein, die sie hat.“



Shabi Alonso, 1984, also im Orwellschen Jahr geboren, ist gegenwärtig von Beruf Vater. Er steht dem Pantheismus nahe und möchte nicht noch länger zuschauen, sondern mitgestalten. 2019 ist er mit seiner Lebensgefährtin und seinem Sohn aus Wiesbaden in die Rhön gezogen und beschäftigt sich dort mit Permakultur und Selbstversorgung. Auf seinem **Blog** (<https://shabi-chic.com/>) schreibt er über die Themen Umwelt, Natur, Mensch und das Dasein.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.